

WdA im August

Frauen dürfen wirtschaftlich von Männern nicht abhängig sein. Das liest sich wie eine Aussage aus unseren Tagen und ist doch, wie im *Blick zurück* erwähnt, eine weit über 100 Jahre alte Forderung. Leider hat sie – angesichts dramatischer, kaum verminderter Massenarbeitslosigkeit – brennende Aktualität. Es sind ja zuerst immer die geringer verdienenden Frauen, die gefeuert werden, wenn im Interesse höherer Profite Arbeitsplätze verschwinden. Es waren immer – und sind es heute in besonders krassem Maß – die Schwächeren, die auf der Strecke bleiben, wenn Unternehmerinteressen durchgesetzt werden. Von den verschiedenen Facetten dieses Themas handelt diese *WdA* erneut: Die Schere zwischen denen, die reichlich besitzen, und jenen, die wenig haben, klafft immer stärker auseinander. Das gilt innerhalb unseres Landes und extrem viel stärker zwischen den reichen Industrienationen und den Hungers sterbenden Menschen in der so genannten Dritten Welt.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Kapitalismus ohne Mitbestimmung

Seite 2

Wachsende Armut durch asoziale Politik

Seite 3

Politiker lassen Kinder verhungern

Seite 4

Angriffe auf das Streikrecht, Kapitalismus pur

Seite 5

USA boykottieren, Auf dem Weg in den Überwachungsstaat?

Seite 6

Der Zweiklassenstaat

Seite 7

Blick zurück: Clara Zetkin

Seite 8

Solidaritätsstreiks sind zulässig, Forum Soziales Europa, Mindestlohn in Österreich

Seite 9

Widerstand gegen Bertelsmann, Fachkräfte-Initiative, Impressum

Kapitalismus ohne Mitbestimmung

Arbeitnehmerrechte und bessere Arbeitsbedingungen mussten in der Vergangenheit in zahllosen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern und den politischen Gegnern mühevoll und mit großem Einsatz von den abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften erkämpft werden. Aber immer noch sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den Entscheidungen – ob produziert wird, wo produziert wird, was produziert wird und wie produziert wird – grundsätzlich ausgeschlossen. Demokratische Entscheidungsstrukturen gibt es in den Betrieben bis heute nicht. Warum eigentlich nicht?

Nur durch Arbeit werden Werte geschaffen, Produkte hergestellt und Dienstleistungen ermöglicht. Kapital allein schafft gar nichts! Trotzdem entscheiden Geldverleiher in den Banken und Kapitalbesitzer als Investoren völlig eigenmächtig über die Verwendung des erwirtschafteten Kapitals. Warum geschieht das ohne Beteiligung der Menschen, die Gewinne erst möglich machen?

Warum dürfen die Beschäftigten nicht mitbestimmen über die Verwendung des von ihnen erarbeiteten Kapitals – beispielsweise ob, wo und wozu investiert wird und wie die Profite verteilt werden? Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass Kapitalbesitzern mehr Macht zugestanden wird als den Menschen, die mit ihrem Kopf und mit ihren Händen die Werte schaffen.

SPD und CDU/CSU wollen den Beschäftigten nun über eine „Mitarbeiterbeteiligung“ einen „fairen Anteil am Erfolg der Wirtschaft“ verschaffen. Sie sollen möglichst alle kleine Kapitalisten werden. Mit einem Teil des ihnen vorenthaltenen Lohnes sollen sie sich am Kapital eines Unternehmens beteiligen können oder über einen Fonds steuerbegünstigt daran partizipieren. Den Kauf von Anteilen will die SPD bis zu einer Höhe von 400 Euro (!) im Jahr (!) zu 20 Prozent fördern. Die Einkommensgrenze für Ledige soll bei 20.000 Euro, für Verheiratete bei 40.000 Euro liegen. Außerdem sollen die Betriebe ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Fondsanteile im Wert von maximal 240 Euro im Jahr steuerfrei überlassen können. Eine Bundesgarantie soll den „Deutschlandfonds“ vor Zahlungsunfähigkeit schützen.

Die CDU hat etwas andere Vorstellungen. Ihr Zauberwort heißt „soziale Kapitalpartnerschaft“. Gemeint ist ein Investivlohn. Das bedeutet: Ein Teil des Arbeitsentgelts wird nicht ausgezahlt, sondern dem Unternehmen befristet zur Verfügung gestellt. Dadurch tragen die Beschäftigten nicht nur das Arbeitsplatzrisiko, sondern obendrein das Unternehmensrisiko.

Mit beiden Modellen werden die bestehenden kapitalistischen Machtverhältnisse stabilisiert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen abgelenkt werden von ihren ständig wachsenden Benachteiligungen: Lohndrückerei, Rente mit 67, Gesundheitsreform, Mehrwertsteuererhöhung und Aushöhlung des Sozialstaats. Stattdessen sollen sie ein Renditebewusstsein entwickeln und ihre Leistungsbereitschaft in den Betrieben steigern. Die Konkurrenz unter den Beschäftigten wird sich in den Belegschaften dadurch verstärken. Und das führt schließlich zu einer weiteren Entsolidarisierung und zu einer Schwächung der Gewerkschaften. Diese Politik ist nicht christlich und schon gar nicht sozialdemokratisch.

Franz Kersjes

Wachsende Armut durch asoziale Politik

Es gab noch nie soviel Hartz-IV-Abhängige. Im April dieses Jahres waren es nach neuesten Daten 7,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Menschen sind mit ihren Bedarfsgemeinschaften zweifellos arm. Obwohl viele Politiker und Medien über den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland schwadronieren, sind die Chancen besonders für Langzeiterwerbslose auf dem Arbeitsmarkt außerordentlich gering.

Etikettenschwindel

Was als Erfolg verkauft wird, beruht zum großen Teil darauf, dass Arbeitsuchende in „prekäre“ Jobs vermittelt werden, die als Leiharbeit zeitlich befristet und gering bezahlt sind. Es gibt zwar weniger Langzeiterwerbslose als im vergangenen Jahr, aber einen unbefristeten Arbeitsplatz haben die wenigsten erhalten. Rund 400.000 erhielten nur einen Ein-Euro-Job, 351.000 begannen eine Qualifizierung, 1,28 Millionen Frauen und Männer fanden sich in so genannten Fördermaßnahmen wieder.

Unzumutbare Regelung

Die Grundförderung für Hartz-IV-Empfänger ist im Juli um sage und schreibe zwei Euro bzw. 0,6 Prozent auf monatlich 347 Euro erhöht worden. Dieser Betrag soll den Lebensunterhalt sichern. Hinzu kommt Geld für Unterkunft und Heizung sowie für den Bedarf etwa von Schwangeren oder Behinderten. Basis für den Regelsatz ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 2003. Kein Arbeitsloser kann von diesem Geld menschenwürdig leben! ALG II ist nach Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bereits heute um 20 Prozent zu niedrig. Trotzdem sollen Langzeiterwerbslose die Mehrausgaben für steigende Lebensmittelpreise selbst tragen. Die Bundesregierung und vor allem die CDU sehen keinen Handlungsbedarf, um die Grundsicherung für Hartz-IV-Abhängige zu verbessern.

Immer weniger Rente

Die Rentenreformen der vergangenen Jahre zeigen Wirkung. Wer 2006 in den Ruhestand getreten ist, erhielt im Vergleich zum Jahr 2000 um bis zu 14,5 Prozent weniger Rente. Demnach erhielt ein männlicher Rentner im Durchschnitt eine Nettorente von 790 (Ostdeutschland: 836) Euro. Noch drastischer fiel der Rückgang bei Männern aus, die krankheitsbedingt nicht mehr arbeiten konnten und deshalb eine so genannte Erwerbsminderungsrente beziehen.

Beitragsminderung durch Hartz IV

Zeiten von Arbeitslosigkeit werden künftig im Durchschnitt noch stärker auf die Rentenhöhe durchschlagen als bisher. Wegen der Verkürzung der Höchstbezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und der Ablösung der Arbeitslosenhilfe durch Hartz IV verringern sich tendenziell die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung. Hartz-IV-Empfänger müssen außerdem nach Auslaufen einer bis Ende 2007 befristeten Übergangsregelung künftig zum frühest möglichen Zeitpunkt Altersrente unter Inkaufnahme entsprechender Abschläge beantragen, so dass sich für die Gruppe durch die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre eine zusätzliche Rentenkürzung ergibt.

Altersarmut durch Reformen

Seit 2001 sinkt der durchschnittliche Zahlbetrag der Neurenten. Die wachsende Altersarmut in Deutschland ist vor allem das Ergebnis der so genannten Reformpolitik der SPD.

ALG-II-Regelsatz

Gütergruppe	monatlich
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	132,71 €
Bekleidung, Schuhe	34,13 €
Wohnung, Strom	26,87 €
Einrichtung, Möbel, Haushaltsgeräte	27,77 €
Gesundheitspflege	13,21 €
Verkehr ÖPNV	19,20 €
Nachrichtenüberm., Telefon, Post	20,38 €
Freizeit, Kultur	38,71 €
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	10,33 €
Andere Waren und Dienstleistungen	21,69 €
Anhebung Juli 2007	2,00 €
Gesamtbetrag	347,00 €

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres kletterte der Gewinn der Deutschen Bank um 30 Prozent auf ein Rekordniveau von 3,9 Milliarden Euro. Die bereinigte Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 38 Prozent!

Zusätzliche Belastungen der Rentner seit 2004

- > Zuzahlung in der gesetzlichen Krankenversicherung seit 2004
- > Verdoppelung des Krankenversicherungsbeitrages von Betriebsrenten seit 2004
- > Verdoppelung des Pflegeversicherungsbeitrages seit 2004
- > Leistungsausgrenzungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung
- > Sonderbeitrag für Zahnersatz
- > Nullrunden = Kaufkraftverlust in den Jahren 2004,2005, 2006

Keine Hilfe für Afrika

Die Entwicklungsländer dringen darauf, ihre Produkte leichter in den Industrieländern absetzen zu können. Dazu müssten die reichen Länder Importquoten und Zölle abbauen und die eigenen Bauern weniger subventionieren. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Gerade für Afrika ist der Agrarsektor überlebenswichtig. Aber immer mehr Menschen verlieren ihre Arbeit, weil hoch subventionierte Importe aus den USA und aus Europa billiger sind als die heimischen Erzeugnisse. Beispiel Baumwolle: Die Weltmarktpreise für Baumwolle sinken. Darunter leiden vor allem die afrikanischen Bauern – in Westafrika leben ca. zehn Millionen Menschen vom Baumwollanbau. Die 25.000 Baumwollfarmer in den USA erhalten von ihrer Regierung zum Ausgleich vier Milliarden Dollar jährlich. Ebenso unterstützt die EU die 80.000 Baumwollbauern in Griechenland mit rund sieben Millionen Euro pro Jahr. Gäbe es diese Subventionspolitik nicht, könnten die Einkommen afrikanischer Baumwollexporteure jährlich um 250.000 Millionen Dollar steigen. Ähnlich ist die Situation bei Milch, Geflügel, Fisch sowie bei Obst und Gemüse.

**Reichtum
ist die Fähigkeit
abzuschöpfen**



Politiker lassen Kinder verhungern

Zurzeit müssen etwa eine Milliarde Menschen mit weniger als einem Dollar täglich auskommen. In jeder Minute verhungern zwanzig Kinder in den Armutsregionen dieser Welt. Ursache: unterlassene Hilfe! Sie könnten gerettet werden. Vor allem in Südasien und im südlichen Afrika ist die Zahl unterernährter Kinder anhaltend hoch. Es fehlen Nahrungsmittel, Medikamente, Trinkwasser und sanitäre Anlagen. In den schwarzafrikanischen Ländern ist besonders der Kampf gegen Aids, Tuberkulose und Malaria eine der größten Herausforderungen. Wenn die reichen Industriestaaten nicht sofort mehr Geld bereitstellen, wird das millionenfache Sterben nicht aufzuhalten sein.

Lediglich fünf Staaten stellen bislang die von den UN angestrebten 0,7 Prozent des nationalen Bruttoeinkommens jährlich für Entwicklungshilfe zur Verfügung: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Deutschland gab 2006 nach Angaben des Entwicklungsministeriums 0,36 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe aus. Im vergangenen Jahr beliefen sich die weltweit zur Verfügung gestellten Beträge insgesamt nur auf 103,9 Milliarden Dollar – oder 0,3 Prozent des kombinierten Nationaleinkommens.

Im Jahr 2000 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen auf acht Ziele, die bis 2015 erfüllt werden sollen: Die Armut soll halbiert werden, die Verbreitung der Immunschwächekrankheit Aids eingedämmt und allen Kindern der Besuch einer Schule ermöglicht werden. Doch von diesen Zielen ist die Welt noch sehr weit entfernt.

Der neue UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat die acht führenden Industriestaaten (G-8) aufgerufen, ihre Versprechen einzulösen, wozu beispielsweise die Hilfe für Afrika bis 2010 verdoppelt werden soll. Die Staats- und Regierungschefs der G-8 hatten zuletzt bei ihrem Gipfel in Heiligendamm Anfang Juli das Versprechen bekräftigt. Nichtregierungsorganisationen bemängeln allerdings, dass es kaum neue Hilfsangebote für Afrika gebe. Die meisten Zusagen von Heiligendamm wiederholten lediglich die 2005 gemachten Beschlüsse vom Gipfel im schottischen Gleneagles. Zudem besteht eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Denn im vergangenen Jahr ging die Hilfe der G-8 insgesamt zurück.

Statt Armutsbekämpfung ernsthaft zu betreiben, unterstützen die Länder in der Europäischen Union mit ihrer Handelspolitik in erster Linie die Interessen von Konzernen. Angetrieben von der alles dominierenden Freihandelsdoktrin und der wirtschaftlichen Konkurrenz zu den USA, zählt nur eines: Märkte für europäische Konzerne zu erobern und zu halten. Anschaulich wird das in der „Marktzugangsstrategie“, welche die zuständige EU-Kommission im April 2007 zusammen mit Vertretern der europäischen Unternehmerverbände („BusinessEurope“) vorgelegt hat. In der EU denkt man nicht daran, wirkliche Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Sicherung sozialer Standards sowie zum Umwelt- und Klimaschutz voran zu bringen. Ein unverblümt harter ökonomischer Kurs wird vorgezogen. Das ist menschenverachtende, verantwortungslose Politik!

Franz Kersjes

Angriffe auf das Streikrecht

Im Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Bahn und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) wurde mit Einstweiligen Verfügungen mehrerer Arbeitsgerichte das durch die Verfassung garantierte Streikrecht eingeschränkt. Nach Auffassung einer Nürnberger Arbeitsrichterin dürften die Lokführer vorläufig zumindest nicht streiken, weil sie damit nicht nur der Deutschen Bahn AG, „sondern der gesamten Volkswirtschaft insbesondere in der Hauptreisezeit immense wirtschaftliche Schäden“ zufügen würden. Sie habe „Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Streiks“. Diese Einschränkung des Streikrechts „im Rahmen einer Gesamtabwägung“ sei „angesichts der irreversiblen Folgen derzeit eher hinzunehmen, als einen möglicherweise rechtswidrigen Streik zuzulassen“.

Solche Argumente sind völlig neben der Kapsel; denn das Grundgesetz garantiert nach Artikel 9 Absatz 3 die Tarifautonomie. Dabei handelt es sich um ein Freiheitsrecht, das den Schutz der Koalitionen auf alle Verhaltensweisen erstreckt, die koalitionsspezifisch sind. Die Tarifautonomie ist darauf angelegt, die Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer/innen beim Abschluss von Arbeitsverträgen durch kollektives Handeln auszugleichen. Wenn nun Arbeitsgerichte Einstweilige Verfügungen gegen Streikmaßnahmen mit dem drohenden Schaden durch einen möglichen Arbeitskampf begründen, dann wird die garantierte Tarifautonomie dadurch eingeschränkt. Denn es ist gerade der Sinn von Streiks, durch ökonomischen Druck Verhandlungen über gewerkschaftliche Forderungen und einen Tarifvertrag zu erzwingen.

Auch der viel zitierte Grundsatz der Tarifeinheit verstößt schlicht und einfach gegen die Koalitionsfreiheit. Die besagt, dass sich eine Gewerkschaft gründen kann, wann immer sich genügend Mitglieder finden. Und nur Gewerkschaften, die streikfähig sind, können und dürfen Tarifverträge abschließen! „Die Verfassung, die jeder Gewerkschaft das Recht gibt, Tarifverträge abzuschließen, hat so und so Vorrang vor dem Grundsatz der Tarifeinheit“, erklärte Arbeitsrechtler Däubler in einem Fernsehinterview.

Unternehmer und Politiker nutzen die öffentliche Debatte über den Tarifkonflikt bei der Bahn, eine gesetzliche Regulierung des Streikrechts zu fordern. Sie wollen künftig die so genannte Tarifeinheit dadurch gewährleisten, dass sie eine Konkurrenz von Gewerkschaften im Unternehmen ausschließen. Wenn bereits eine Tarifbindung mit einer Gewerkschaft besteht, soll für alle anderen Gewerkschaften Friedenspflicht herrschen. Dann könnten Unternehmerverbände und einzelne Unternehmer beispielsweise Gefälligkeitstarifverträge mit so genannten christlichen Gewerkschaften abschließen, und die DGB-Gewerkschaften wären am Arbeitskampf gehindert und würden zu Bittstellern.

Auch eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit von Streikmaßnahmen durch die Arbeitsgerichtsbarkeit ist nach Auffassung vieler Juristen unzulässig, weil auf diese Weise die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie verletzt werde. Für die Gewerkschaften und alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es in Zukunft von entscheidender Bedeutung, dass das Verfassungsrecht der Tarifautonomie uneingeschränkt gewährleistet wird. Die Absichten und die Versuche, das Streikrecht juristisch oder gesetzlich auszuhebeln, erfordern kämpferischen Widerstand!

Franz Kersjes

Kapitalismus pur

Exportweltmeister Deutschland hat 2006 zum dritten Mal in Folge einen Rekord beim Außenhandel erreicht. Nie zuvor wurden so viele Waren exportiert und solch ein hoher Handelsüberschuss erzielt, teilte das Statistische Bundesamt mit. Die deutschen Ausfuhren übertrafen die Einfuhren um 22,5 Prozent und stiegen auf 893,6 Milliarden Euro.

Lohnschere: Spitzenverdiener bekommen dreimal so viel Gehalt bzw. Lohn wie Menschen mit niedrigen Einkommen. Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind in den vergangenen Jahren größer geworden. Außerdem wächst in kaum einem Industrieland das Lohngefälle so deutlich.

Sponsoring: Die Bundesregierung einschließlich ihrer Ministerien und obersten Bundesbehörden hat in den Jahren 2005 und 2006 von Sponsoren Spenden und Sachleistungen im Wert von 80,3 Millionen Euro erhalten. Dies geht aus dem Sponsoring-Bericht des Bundesinnenministeriums hervor.

Vorstandsbezüge: Die Gehälter der Vorstandschefs der 30 größten deutschen Unternehmen stiegen 2006 im Vergleich zum Vorjahr um fast 19 Prozent auf durchschnittlich 4,6 Millionen Euro. Damit kletterte das Durchschnittsgehalt zwischen 2003 und 2006 um mehr als die Hälfte. Alle Dax-Vorstände zusammen kassierten 2006 rund 560 Millionen Euro (plus 16,5 Prozent). Das durchschnittliche Gehalt eines Vorstandsmitglieds betrug 2,5 Millionen Euro.

Auf dem Weg in den Überwachungsstaat

Die politische Entwicklung in Deutschland löst bei den Bürgern zunehmende Besorgnis aus. Abgesehen davon, dass viele Politiker immer häufiger die Interessen der Kapitalbesitzer zulasten der Leute ohne Vermögen vertreten, steht die Freiheit der Andersdenkenden in Gefahr, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung eingeschränkt zu werden.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat Vorschläge in die Debatte um mehr Sicherheit eingebracht, die zu einer tief greifenden Veränderung unserer Gesellschaft führen können. Weil die klassischen Mittel der Polizei und der Justiz zur Strafverfolgung angeblich nicht mehr ausreichen, sollen die Sicherheitsbehörden durch Änderung des Passgesetzes direkten Zugriff auf die Passbilddateien aller deutschen Meldeämter erhalten. Damit könnte die Rasterfahndung erweitert werden. Allerdings werden durch die Vernetzung aller möglichen Datenbanken grundsätzlich alle Bürger unter Generalverdacht gestellt.

Schäuble will den Zugriff auf private Computerdaten ermöglichen, wenn „Gefahr im Verzug“ ist. In einer Vorlage des Ministers heißt es, das Bundeskriminalamt (BKA) dürfe „ohne Wissen des Betroffenen durch den automatisierten Einsatz technischer Mittel aus informationstechnischen Systemen Daten erheben, soweit die Abwehr der dringenden Gefahr oder die Verhütung von Straftaten auf andere Weise aussichtslos ist oder wesentlich erschwert wäre“.

Die Forderung nach Einsätzen der Bundeswehr im Landesinnern wiederholen konservative Innen- und Verteidigungspolitiker immer häufiger – neuerdings mit dem Ziel, terroristische Bedrohungen abzuwehren. Dafür hat sich jüngst auch Bundeskanzlerin Merkel ausgesprochen. Die Mehrheit der Soldaten und Polizisten befürwortet dagegen die Trennung zwischen äußerer Sicherheit, die die Bundeswehr verteidigt, und innerer Sicherheit, für die die Polizei unter der Hoheit der Länder zuständig ist. Konrad Freiberg von der Gewerkschaft der Polizei vermutet hinter der politischen Debatte auch eine Sparmaßnahme. „Dieselben Politiker, die dies fordern, dezimieren die Polizei. Wir haben 10.000 Polizeibeamte weniger in den letzten fünf Jahren und das sind dann dieselben Politiker, die sagen, die Polizei wird mit ihren Aufgaben nicht fertig, wir brauchen die Bundeswehr.“

Zahlreiche Forderungen des Innenministers sind verfassungswidrig. Menschen, die möglicherweise in Zukunft Straftaten begehen, werden als so genannte Gefährder bezeichnet. Schäuble spricht von „potenziellen Terroristen“. Meistens genügt der Kontakt zu bekannten Terroristen, Extremisten oder anderen so genannten Gefährdern, um ins Visier von Geheimdiensten und Polizei zu geraten. Ein Gefährder kann ausgewiesen, abgeschoben und in einen präventiven „Unterbindungsgewahrsam“ genommen werden. Wohin das führen kann, zeigt das Beispiel USA. Die Publizistin Naomi Wolf hat vor wenigen Wochen in der englischen Tageszeitung *Guardian* einen Beitrag mit dem Titel „Zehn Schritte in den Faschismus“ veröffentlicht, der die drohenden Veränderungen von einer freiheitlichen Demokratie zum präventiven Sicherheitsstaat darstellt. (Die deutsche Übersetzung des Artikels ist in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7-07, erschienen.)

USA boykottieren!

Die Zahl ausländischer Touristen in den USA ist von 26 Millionen im Jahr 2000 auf 21,7 Millionen im Jahr 2006 zurückgegangen. Aus Deutschland reisten im vergangenen Jahr etwa 1,4 Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten, 1999 waren es noch zwei Millionen.

Die Gründe für das sinkende Interesse an Reisen in die USA liegen in den politischen Verhältnissen. Bereits bei der Ankunft auf einem US-Flughafen kann die Einreise verweigert werden. Das geschieht beispielsweise, wenn Informationen über die Teilnahme an einer Friedenskundgebung oder über die Unterzeichnung eines Aufrufs gegen den Irak-Krieg vorliegen. Manchmal führt das dazu, dass ausländische Besucher für kurze Zeit in Gewahrsam genommen werden und den nächstmöglichen Rückflug antreten müssen.

Schon bei der Buchung eines Fluges in die USA werden umfangreiche Daten erhoben und an US-Behörden weitergeleitet. Ende Juni haben sich die Europäische Union mit Wolfgang Schäuble an der Spitze und der amerikanische Heimatschutzminister auf ein so genanntes Fluggastdaten-Abkommen geeinigt. „Der Datenumfang ist nicht geringer geworden“, sagt Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz. Auch so genannte sensible Daten, die auf Religionszugehörigkeit, Arbeitgeber oder politische Einstellung schließen lassen, müssen weiterhin an die US-Heimatschutzbehörde übermittelt werden. Was damit geschieht - darüber hat der europäische Fluggast keine Kontrolle. Rechtsstaatlichkeit ist in den USA jedenfalls nicht garantiert. Franz Kersjes

Der Zweiklassenstaat

Unter diesem Titel hat Karl Lauterbach, gesundheitspolitischer Experte der SPD-Bundestagsfraktion, kürzlich ein Buch veröffentlicht. Daraus einige Auszüge:

„Es ist eine Schande: Statt für einen gerechten Ausgleich zu sorgen, vergrößert der deutsche Staat die Kluft zwischen Arm und Reich. Intelligente Kinder aus armen und bildungsfernen Familien haben – bei gleicher Leistung – eine vielfach geringere Chance, aufs Gymnasium zu kommen und zu studieren. Als Niedrigqualifizierte und Geringverdiener erledigen sie Jobs, die die Gesundheit stärker gefährden als akademische Berufe. Sie haben deshalb ein höheres Krankheitsrisiko und eine kürzere Lebenserwartung. Als Kassenpatienten leiden sie dann unter der Zweiklassenmedizin, die privat Versicherten den Vorzug gibt. Aufgrund der großen internationalen Konkurrenz im Niedriglohnsektor sind sie auch in höherem Maß von Arbeitslosigkeit bedroht. Ihre Rente fällt deshalb später nicht nur sehr viel geringer aus als die der Großverdiener, sie können sie auch nur viel kürzere Zeit genießen. Sie zahlen also mehr in die Rentenkassen ein, als sie ausbezahlt bekommen, und sichern so zusätzlich die Renten der Einkommensstarken. Werden sie zum Pflegefall, leiden die erneut unter der Zweiklassenversorgung der Patienten.“

Das vorliegende Buch versucht so konkret wie möglich, die tatsächlichen Probleme Deutschlands und unseres Arbeitsmarktes aufzuzeigen, und schlägt Strategien zu ihrer Überwindung vor.“

(Aus dem Vorwort)

„Keines der in diesem Buch angesprochenen Probleme des Zweiklassenstaats wurde gelöst. Vergleichbar einem Krebsgeschwür wuchern im Inneren des Exportweltmeisters die Folgen unseres ungerechten und ineffizienten Bildungssystems, der damit verbundenen geringen Geburtenraten, des vernachlässigten Gesundheitsschutzes der Arbeitenden und der unsolidarischen und Arbeitsplätze vernichtenden Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Die Zweiklassenmedizin wird nicht abgebaut, sondern noch verstärkt. Wir produzieren weiter zu viele Schlechtqualifizierte und verringern auch noch drastisch ihre Beschäftigungschancen. Wir fallen hinter unsere Möglichkeiten zurück, worunter nicht nur unser Wohlstand leiden wird. Schon heute sind wir, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, nur noch Durchschnitt in Europa.“

(Seite 175)

„In der politischen Ökonomie gilt das Gesetz, dass es für ein Sozialsystem langfristig den Tod bedeutet, wenn die Meinungsführer der Gesellschaft darin nicht mitversichert sind. Dann ist es aus ihrer Sicht nur ein Kostenfaktor und hat keinen Bezug zu ihrem eigenen Leben. In diesem Sinne sind unsere Sozialsysteme und auch die unteren Stufen unseres Bildungssystems dem Tod geweiht. Die meisten Politiker, Ministerialbeamten, Topjournalisten, Professoren und Unternehmer, diejenigen Gruppen also, die den politischen Druck gegen die einflussreichen Lobbyisten der Privilegierten aufbauen könnten, gehören selbst zu den Privilegierten. Nur im Ausnahmefall werden sie sich für Reformen stark machen, durch die sie eigene Vorteile einbüßen.“

(Seite 186/187)

**Karl Lauterbach: Der Zweiklassenstaat -
Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren**
Rowohlt, Reinbek 2007, 224 S., 14,90 €

Das politische Buch

Professor Karl Lauterbach, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Epidemiologie an der Universität zu Köln, SPD-Politiker und Mitglied des Deutschen Bundestages, analysiert in seinem Buch „Der Zweiklassenstaat“ das deutsche Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystem und kommt zu dem Ergebnis, dass überall besonders die privilegierten Bevölkerungsschichten von Vorteilen profitieren und schließlich das Land ruinieren. Er beschreibt den deutschen Sozialstaat als ausbeuterisch für die Armen und verschwenderisch für die Privilegierten. Im vergangenen Jahr saß er noch in der Verhandlungskommission für die Gesundheitsreform. Schließlich hat er gegen sie gestimmt, weil er sie ungerecht fand. Nun hat er die Ungerechtigkeiten im System nochmals deutlich benannt, nicht in einer Bundestagskommission, sondern für die Öffentlichkeit.

„Der Kampf für Gerechtigkeit – und nicht die Bedienung einer kleinen Klientel von Saturierten – ist die zentrale Aufgabe der Politik. Auf keinem anderen Schlachtfeld kann der Zweiklassenstaat überwunden werden“, sagt Lauterbach. Er kritisiert nicht nur das deutsche Sozialsystem, das Ungerechtigkeit und Massenarbeitslosigkeit fördert, er macht auch konkrete Vorschläge zur Überwindung der bestehenden verhängnisvollen Zustände. Das könnte die SPD programmatisch eigentlich nutzen, um wieder Profil und Glaubwürdigkeit auf den Feldern der Bildungs- und Sozialpolitik zurück zu gewinnen. Aber diese Partei hat sich selbst ruiniert und sozialdemokratische Ziele aufgegeben. Da hilft kein Lauterbach mehr.

Franz Kersjes

Blick zurück:**Emanzipation im Klassenkampf**

Der Bildersturm hat auch sie ereilt – nach der so genannten Wende. Zwar wurde sie nicht, gegossen in schwere Bronze, fotogen an den Haken genommen, um in den Müllkammern der Geschichte zu verstauben; aber der Name Clara Zetkin verschwand auf dem Gebiet der früheren DDR von vielen Straßenschildern. Dabei wurde vergessen, dass diese außergewöhnliche Vorkämpferin für die Rechte von Arbeiterinnen die weitaus längste Zeit ihres Lebens nicht Kommunistin gewesen war, sondern der Partei August Bebel's, der SPD, angehört hatte. Am 5. Juli jährte sich ihr Geburtstag zum 150. Mal.

Clara Eißner entstammte einem bürgerlichen Elternhaus. In Leipzig, damals Hochburg der Arbeiterbewegung, ließ sie sich zur Lehrerin ausbilden und gewann als politisch sehr interessierter Mensch Kontakte zu sozialdemokratischen Kreisen. Dort lernte sie auch den russischen Studenten und Sozialisten Ossip Zetkin kennen. Als er wegen seiner politischen Aktivitäten ausgewiesen wurde, folgte sie ihm ins Exil. Ihr bescheidenes Quartier in Paris wurde bald zum Treffpunkt vieler sozialistischer Emigranten. Clara Zetkin nahm Ossips Namen an, heiratete ihn jedoch nie, da sie sonst die deutsche Staatsbürgerschaft verloren hätte. Schon 1889 starb Ossip. Clara Zetkin musste von nun an für sich und die beiden Söhne allein sorgen. Im Todesjahr ihres Mannes war sie bereits eine weit über Exilkreise hinaus bekannte Sozialdemokratin, die sich maßgeblich an der Vorbereitung der Zweiten Internationale in Paris beteiligte. Eine der zentralen Forderungen jenes Kongresses war: gleicher Lohn für Frauen und Männer bei gleichen Leistungen!

1890 war im deutschen Reichstag eine neuerliche Verlängerung des Gesetzes ‚gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie‘ nicht mehr durchzusetzen; es hatte alle Basisaktivitäten von SPD und Gewerkschaften verboten. Viele Exilanten kehrten nach Deutschland zurück. Clara Zetkin wurde in Stuttgart die Redaktion der neuen SPD-Frauenzeitung *Die Gleichheit* angeboten (*WdA* Nr. 15, 8.12.2004). Damit besaß sie ein machtvoll Instrument für Information, Agitation und Kommunikation. Dies war umso wichtiger als es Frauen verboten war, sich in „politischen Vereinen“ zu organisieren.

Clara Zetkin vertrat die unter Sozialisten damals gängige marxistische Überzeugung, die Frauenfrage sei Teil der sozialen Frage und deshalb nur im Rahmen des Klassenkampfes zu beantworten; es gehe also mit der Emanzipation der Arbeit vom Kapital die Emanzipation der Frau gewissermaßen automatisch einher. Trotzdem hielt sie, ganz anders als ihre Freundin Rosa Luxemburg, eine gesonderte Behandlung der Frauenfrage für geboten, und zwar im Sinne von „Aufklärung des weiblichen Proletariats“ – Aufklärung vor allem über die gesellschaftspolitischen Verhältnisse und über die Notwendigkeit ökonomischer Unabhängigkeit der Frauen von den Männern.

Clara Zetkin war auch beteiligt an der Vorbereitung des Internationalen Sozialistenkongresses, der – nach Paris, Brüssel, Zürich, London,

Amsterdam - vor 100 Jahren, vom 18. bis 24. August 1907, in Stuttgart stattfand. 884 Delegierte aus 25 Ländern waren gekommen; 60.000 Menschen nahmen am Nachmittag des Eröffnungstages an einer Kundgebung auf dem Cannstatter Volksfestplatz teil. Und im Vorfeld dieses Kongresses wurde unter Zetkins Leitung erstmals eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz veranstaltet. Dazu versammelten sich vom 17. bis 19. August 1907 in Stuttgart 59 Delegierte aus 15 Ländern. Sie gründeten eine Zentralstelle zum internationalen Informationsaustausch. Die Verantwortung lag bei Clara Zetkin, die zur Sekretärin der Frauen-Internationale gewählt wurde. Schon beim nächsten internationalen Frauenkongress in Kopenhagen wurde auf deutschen Antrag der noch heute begangene Internationale Frauentag beschlossen. Er war als Kampftag gedacht - damals und noch für etliche weitere Jahre als Kampftag für das Frauenwahlrecht.

Clara Zetkin war unbestritten eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der sozialistischen Frauenbewegung. Aber geliebt wurde sie nicht. Dogmatisch wie sie war, lehnte sie jede Kooperation mit der bürgerlichen Frauenbewegung ab. Sie duldete keine Talente neben sich und ‚mobbt‘ die bedeutende Lily Braun aus der Spitze der SPD-Frauenbewegung. Ihre Zeitgenossin Marie Juchacz sagte: „Ihrem Temperament nach musste sie herrschen.“ Als Kommunistin saß Clara Zetkin später im Parlament. 1932 eröffnete sie den Reichstag als dessen Alterspräsidentin. Der Reichspräsident hieß Hermann Göring. Kurz darauf, am 20. Juni 1933, starb sie in Moskau. *Antje Dertinger*

Solidaritätsstreiks sind zulässig!

Nach der Entscheidung vom 24. April dieses Jahres, mit der das Bundesarbeitsgericht Arbeitskämpfe um Sozialplanmaßnahmen gegen Betriebsumstrukturierungen für zulässig erklärt hat, hat jetzt die Entscheidung des höchsten Gerichts zu Sympathiestreiks das Unternehmerlager in helle Aufregung versetzt. Arbeitgeberpräsident Hundt fordert nun für das deutsche Tarifrecht klare gesetzliche Rahmenbedingungen, „um die Tarifautonomie zukunftsfähig zu machen“. Es sei höchste Zeit, dass durch den Gesetzgeber eine „neue Balance“ im Tarifrecht geschaffen wird, erklärte Hundt.

In dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts – 1 AZR 396/06 – vom 19. Juni 2007 wird festgestellt: Gewerkschaftliche Streiks, die der Unterstützung eines in einem anderen Tarifgebiet geführten

Hauptarbeitskampfes dienen, unterfallen der durch Artikel 9 Abs.3 Grundgesetz gewährleisteten Betätigungsfreiheit von Gewerkschaften. Dieses Grundrecht schützt alle koalitionspezifischen Verhaltensweisen. Es überlässt deshalb den Koalitionen die Wahl der Mittel, mit denen sie die Regelung von Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge erreichen wollen. Zu diesen Mitteln gehört auch der Unterstützungstreik. Seine Zulässigkeit richtet sich – wie bei anderen Arbeitskampfmaßnahmen – nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Er ist daher rechtswidrig, wenn er zur Unterstützung des Hauptarbeitskampfes offensichtlich ungeeignet, nicht erforderlich oder unangemessen ist.

Der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts wies, anders als die

Vorinstanzen, die Klage des Druckereiunternehmens ab, das von der Gewerkschaft ver.di wegen eines Unterstützungstreiks Schadenersatz verlangte. Die Klägerin druckt u.a. die Zeitung für ein zum selben Konzern gehörendes Verlagsunternehmen. Dort führte ver.di einen Arbeitskampf um den Abschluss eines neuen Tarifvertrages für Redakteure an Tageszeitungen. Zu dessen Unterstützung rief sie die Beschäftigten der Klägerin zu einem befristeten Streik auf. Daraufhin legten 20 Arbeitnehmer für eine Nachtschicht die Arbeit nieder. Dieser Unterstützungstreik war rechtmäßig. Die Gewerkschaft ver.di durfte ihn für geeignet und erforderlich zur Unterstützung ihres Hauptarbeitskampfes halten; der Streik war unter Berücksichtigung der Rechtspositionen der Klägerin nicht unangemessen.

Quelle:

Presseerklärung des BAG Nr. 48/07

Forum Soziales Europa

Das „Forum Soziales Europa“ hat Thesen „Auf dem Weg zu einem europäischen Sozialmodell“ erarbeitet und verabschiedet. Bei diesem Forum handelt es sich um einen Zusammenschluss von linken Gewerkschaftern aus mehreren europäischen Ländern, der vor rund zehn Jahren gegründet wurde. Er will in der Gesellschaft eine breit angelegte Diskussion über die Entwicklung Europas und die Politik der EU entfachen, um eine politische Alternative zur vorherrschenden neoliberalen Doktrin zu entwickeln. Damit soll auch dazu beigetragen werden, dass die europäischen Gewerkschaften zu einer starken Bewegung werden. Mehr dazu unter

<http://www.wissentransfer.info>

Mindestlohn in Österreich

Spätestens ab Januar 2009 wird in Österreich niemand, der Vollzeit arbeitet, weniger als 1.000 Euro brutto verdienen. Das entspricht einem Stunden-Mindestlohn von etwa 5,80 Euro. Rechnet man Sonderzahlungen hinzu, kommt man auf 1.167 Euro im Monat, was rechnerisch etwa 6,80 Euro brutto die Stunde bedeutet.

Zunächst müssen zum 1. Januar 2008 die Branchen ihre Löhne anpassen, die heute Tariflöhne von 900 bis unter 1.000 Euro zahlen. In Branchen, in denen die Mindestlöhne/-gehälter derzeit unter 900 Euro liegen, müssen diese bis spätestens 1. Januar 2009 auf 1.000 Euro angehoben werden.

Den Vereinbarungen liegt im Unterschied zur deutschen Debatte

kein Gesetz, sondern ein so genannter Generalkollektivvertrag zugrunde, der zwischen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) abgeschlossen wurde.

Obwohl es nur wenige Bereiche gibt, in denen 1.000 Euro-Mindestlohn/-gehalt bei Vollzeitbeschäftigung noch nicht verwirklicht sind, ist die Vereinbarung auch eine wichtige Maßnahme, um die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern zu verringern. Denn besonders Frauen arbeiten in Branchen, in denen man bisher weniger als 1.000 Euro trotz Vollzeitbeschäftigung verdient. Zum Beispiel hat es bei privaten Dienstleistungsberufen wie Friseuren, Masseuren und anderen Berufen keine jährlichen Kollektivverhandlungen mehr gegeben.

Widerstand gegen Bertelsmann

Kein Unternehmen in Deutschland nimmt soviel Einfluss auf Politik und Medien wie der Bertelsmann-Konzern in Gütersloh. 1977 gründete Reinhard Mohn die Bertelsmann-Stiftung mit dem Ziel, „die Erforschung und Entwicklung von innovativen Konzepten der Führung und Organisation in allen Bereichen der Wirtschaft und des Staates, insbesondere durch Systementwicklung und anschließende Implementierung“ (§ 2, Absatz 2, der Stiftungssatzung). Inzwischen ist die Stiftung der mit Abstand einflussreichste Politikberater im Land.

Mit Slogans „Du bist Deutschland – Du bist 82 Millionen – Dein Wille ist wie Feuer unterm Hintern,...“ initiierte Bertelsmann vor zwei Jahren mit 30 Millionen Euro eine der größten deutschen „Social-Marketing-Kampagnen“: die – von Depressionen und Zukunftsängsten geschüttelten – Deutschen sollten wieder auf gute Laune, als „deutsche Volksgemeinschaft in ideologischer Not- und Zwangsgemeinschaft“ getrimmt werden. Die Fortsetzung der Kampagne ist in Vorbereitung.

Hinter den Kulissen gehören der Bertelsmann-Konzern und seine Stiftungen zu den Strippenziehern bei Privatisierungen und Sozialabbau. Mit dem Bertelsmann-„Transformations Index“ werden die weltweiten – gegebenenfalls auch militärischen – Durchsetzungsmöglichkeiten von „Markt- und Wettbewerbsordnung“, die Ausschaltung von etwaigen „Vetoakteuren“ in 119 Staaten der Erde beurteilt und zu Empfehlungen für außenpolitischen Entscheidungen gemacht.

In den Jahren 2005 und 2006 fand jeweils ein Bertelsmannkritischer Kongress in Hamburg statt. Zur Frankfurter Buchmesse in diesem Jahr (12. bis 14. Oktober) plant das „Bündnis gegen Privatisierung“ (VertreterInnen von GEW, ver.di, IG Metall attac, AfA der SPD, Jusos und der Partei DIE LINKE) eine weitere medienwirksame Aktion. Am Samstag, den 27.10.07, soll zudem ein „Anti-Bertelsmann-Kongress“ in Frankfurt Licht in die strukturelle Einmischung des Bertelsmann-Konzerns und seiner Stiftungen bringen. Im Mittelpunkt steht die Frage: Was kann getan werden, um den propagandistischen Unternehmensstrategien wirksame Aufklärung entgegenzusetzen?
Informationen unter <http://www.anti-bertelsmann.de>

* * * *

Fachkräfte-Initiative

Die IG Metall hat ein Zehn-Punkte Programm für eine gemeinsame Fachkräfte-Initiative von Unternehmen, Politik, Tarifparteien und der Bundesagentur für Arbeit vorgeschlagen. Das Problem des sich abzeichnenden Fachkräftemangels sei hausgemacht und müsse auch zu Hause gelöst werden. Die reine Abzocke wäre es jedenfalls, anderen Ländern die ausgebildeten Fachkräfte abwerben zu wollen, damit wir so weitermachen können, wie bisher.

Es werden unter anderem folgende Vorschläge gemacht:

- > Arbeitslose Ingenieure nachqualifizieren und in den Arbeitsmarkt wieder eingliedern;
- > Studiengebühren abschaffen, sie sind eine Hürde für ein Studium;

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach Bedarf kostenlos online und auf der Website
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

Empfehlungen:
<http://www.nachdenkseiten.de>
<http://www.labournet.de>
<http://www.einblick.dgb.de>
<http://www.verdi.de>
<http://www.igmetall.de>
<http://www.wissentransfer.infohttp://www.erwerbslose.de>
<http://www.attac.de>
Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

- > die Qualität von Studium und Lehre verbessern,
- > sieben Prozent Ausbildungsquote realisieren und alle Betriebe durch eine Umlagefinanzierung an den Kosten für die Ausbildung beteiligen;
- > mehr Frauen für technische Berufe gewinnen;
- > die Weiterbildung systematisch ausbauen;
- > auch Leiharbeitsfirmen müssen aus- und weiterbilden.